



Berlin, 09. Februar 2018



Sehr geehrte Damen und Herren,

am vergangenen Mittwoch haben Union und SPD die Koalitionsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen. Die Gespräche waren sehr intensiv und nicht immer einfach.

In vielen Bereichen konnten wir sehr konkrete Verbesserungen für die Menschen in unserem Land erreichen. Dass wir dabei Kompromisse eingehen mussten, liegt in der Natur der Sache. Schließlich wusste schon Willy Brandt: „Das Wesen der Demokratie ist der Kompromiss. Aber Kompromisse mit Sozialdemokraten sind die besseren.“ Wir sollten unser Augenmerk nun auf die Verhandlungserfolge richten, weniger auf Personaldebatten.

Eine Übersicht über unsere Verhandlungserfolge, v.a. in den Bereichen Pflege, Rente, Bildung, Europa, bei der Unterstützung und Aufwertung strukturschwacher Regionen u.v.a.m. finden Sie unten folgend.

Den vollständigen Vertragsentwurf finden Sie hier:

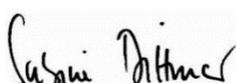
[https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag\\_2018.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2018.pdf)

Neben den inhaltlichen Erfolgen konnte sich die SPD in harten Verhandlungen wichtige Ministerien sichern: Das Finanzministerium, das Arbeits- und Sozialministerium, das Außenministerium, das Familien-, Justiz- und Umweltministerium.

Diese Ministerien (davon drei Schlüsselministerien) innezuhaben, ist eine wichtige Voraussetzung, unsere eigene sozialdemokratische Politik erfolgreich umsetzen und Politik federführend gestalten zu können.

Nun ist es an den Mitgliedern unserer Partei, die Verhandlungsergebnisse zu bewerten und eine Entscheidung zu treffen und ich ermuntere alle -nicht nur unsere Mitglieder!- sich intensiv mit den Inhalten des Vertragsentwurfs auseinanderzusetzen.

Die SPD ist die Partei, die den Alltag der Menschen seit 154 Jahren besser macht. Das können wir am besten in Regierungsverantwortung. Deshalb werde ich für den Koalitionsvertrag stimmen.

Ihre 



## FÜR ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER

Wer jeden Tag zur Arbeit geht, verdient für seine Leistung einen guten Lohn und Anerkennung. Wir entlasten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Steuern und Abgaben. Wir vereinfachen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und wir sorgen in einer sich verändernden, digitalisierten Arbeitswelt für Sicherheit und die nötige Weiterbildung.

Das unbefristete Arbeitsverhältnis wird wieder zur Regel. Wir schränken sachgrundlose Befristungen drastisch ein und schaffen endlose Kettenbefristungen ab. Wir geben damit vor allem vielen Berufsanfängern und jungen Beschäftigten wieder mehr Sicherheit für die Gründung einer Familie und die Planung der eigenen Zukunft.

Wir schaffen den Soli für Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen ab. Er entfällt für alle, die weniger als 61.000 Euro (Alleinstehende) bzw. 122.000 Euro (Verheiratete) zu versteuerndes Einkommen haben. Damit entlasten wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um 10 Milliarden Euro. Das Steuersystem wird gerechter: Die oberen zehn Prozent der Einkommensbezieher zahlen den Soli weiter.

Arbeitgeber zahlen wieder genauso viel in die gesetzliche Krankenkasse ein wie Beschäftigte. Für Arbeitnehmer sinkt der Beitrag, das Gesundheitssystem wird gerechter. Entlastung: 6 Milliarden Euro.

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung sinkt. Das entlastet Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um 2 Milliarden Euro jährlich.

Wir senken die Sozialbeiträge für Geringverdiener. Wir stellen dabei sicher, dass die geringeren Rentenversicherungsbeiträge nicht zu geringeren Rentenleistungen im Alter führen.

Mit der befristeten Teilzeit schaffen wir neue Freiräume für Familie. Wer für die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Familienangehörigen zeitweilig kürzertreten möchte, kann künftig für eine begrenzte Dauer in Teilzeit arbeiten, verbunden mit dem Recht, wieder in die vorherige Arbeitszeit zurückzukehren. So passt sich die Arbeitszeit dem Leben an – nicht umgekehrt.

Wir stärken die Weiterbildung und öffnen Aufstiegschancen im Beruf. Alle Beschäftigten erhalten ein Recht auf Weiterbildungsberatung durch die Bundesagentur für Arbeit. Wir stärken das Initiativrecht der Betriebsräte für Weiterbildung. Außerdem stärken wir das „Aufstiegs-BAföG“ und verbessern so berufliche Aufstiegschancen. Mit dem „Meisterbonus“ erstatten wir bei einer erfolgreichen Meisterprüfung angefallene Gebühren teilweise oder komplett.

Wir sorgen für mehr Schutz und weniger Stress in der digitalen Arbeit. Erstmals wird ein Rechtsrahmen geschaffen, der Beschäftigten die Chance gibt, dort zu arbeiten, wo sie wollen - in der Firma, im Café oder zu Hause. Wir geben Arbeitnehmern, die auf Abruf arbeiten, mehr Planungs- und Einkommenssicherheit. Außerdem stärken wir den Datenschutz. Überwachung am Arbeitsplatz geht nicht.

Wir eröffnen Langzeitarbeitslosen neue Perspektiven durch öffentlich geförderte Beschäftigung. 150.000 Menschen, die schon sehr lange arbeitslos sind, wollen wir dabei unterstützen, endlich wieder in Arbeit zu kommen. Damit helfen wir auch vielen Alleinerziehenden und Familien mit Kindern, aus der Armutsfalle rauszukommen.



## FÜR SCHULKINDER, AUSZUBILDENDE UND STUDIERENDE

Alle Kinder brauchen die gleichen Chancen unabhängig von der Herkunft. Wir investieren massiv in moderne Schulen und gute Bildung – so viel wie niemals zuvor. Wir machen Bildung digital und sorgen für gute Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten.

Wir investieren in den Ausbau von Ganztagschulen. Mit 2 Milliarden Euro bauen wir Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung aus – zusätzlich zur laufenden Sanierung von Schulen in finanzschwachen Städten und Gemeinden. Ganztagschulen bieten mehr Zeit, Kinder individuell zu fördern. Das verbessert die Chancengleichheit.

Wir schließen mit den Ländern einen Digitalpakt für Schulen. Wir modernisieren das Lernen und bereiten Schülerinnen und Schüler besser auf das Leben in der digitalen Welt vor. Dafür werden in den nächsten fünf Jahren 5 Milliarden Euro in die digitale Ausstattung von Schulen investiert.

Bund und Länder können künftig wieder enger zusammenarbeiten, um Bildung besser zu machen. Dafür ändern wir das Grundgesetz und schaffen das so genannte Kooperationsverbot ab. Damit kann der Bund wieder in Schulen investieren. Ein neuer Nationaler Bildungsrat soll gemeinsame Bildungsstandards verabreden, damit Kinder auch nach einem Umzug an der neuen Schule die gleichen Lernbedingungen vorfinden.

Wir modernisieren die berufliche Bildung und führen eine Mindestvergütung für Azubis ein. Berufsschulen statten wir mit digitaler Technik aus und bringen Ausbildungsstandards auf den neuesten Stand. Wer sich für eine Ausbildung in Gesundheitsfachberufen entscheidet, soll dafür nicht auch noch Schulgeld zahlen müssen.

Wir erhöhen das BAföG – und geben mehr Schülerinnen, Schülern und Studierenden einen Anspruch auf Förderung. Das bedeutet: mehr Unabhängigkeit für junge Menschen und mehr Chancengleichheit im Studium. Dafür stehen 1 Milliarde Euro bereit.

Der Bund investiert dauerhaft in Studienplätze und gute Lehre an den Hochschulen. Bisher waren die Förderprogramme immer zeitlich befristet. Jetzt stärken wir Unis und Fachhochschulen dauerhaft. Das bedeutet: mehr Studienplätze und weniger überfüllte Hörsäle.



## FÜR FAMILIEN, ELTERN UND KINDER

Familien halten unsere Gesellschaft zusammen. Wir stärken Eltern und Kinder, verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bekämpfen Kinderarmut – mit besserer Kinderbetreuung, finanzieller Unterstützung, mehr Rechten und einem besseren Schutz von Kindern. Kinderrechte nehmen wir in die Verfassung auf.

Wir investieren in die Qualität der Kinderbetreuung und den Abbau von Kita-Gebühren. Dafür stellen wir 3,5 Milliarden Euro bereit. Zum ersten Mal bringen wir mit der finanziellen Unterstützung des Bundes nicht nur eine bessere Qualität der Kinderbetreuung voran, sondern auch die Entlastung der Eltern von den Gebühren. Unser Ziel ist es, Kita-Gebühren in ganz Deutschland komplett abzuschaffen.

Wir führen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ein. Damit ist es für Eltern nicht mehr Glückssache, ob sie für ihre Kinder eine verlässliche Nachmittagsbetreuung finden.

Das Kindergeld erhöhen wir 2019 und 2021 in zwei Stufen um insgesamt 25 Euro pro Kind. Der steuerliche Kinderfreibetrag steigt entsprechend an. Dafür stellen wir 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

Junge Familien unterstützen wir beim Erwerb von Wohneigentum. Wenn ihr zu versteuerndes Haushaltseinkommen 75.000 Euro plus 15.000 Euro pro Kind nicht übersteigt, erhalten sie über zehn Jahre pro Kind 1.200 Euro jährlich.

Wir schaffen ein Rückkehrrecht aus Teilzeit in die vorherige Arbeitszeit. Damit erleichtern wir es Eltern, ihre Arbeitszeit vorübergehend zu reduzieren, um sich um die Familie zu kümmern. Sie müssen nicht mehr befürchten, dauerhaft in der Teilzeitfalle hängenzubleiben.

Haushaltsnahe Dienstleistungen werden wir bezuschussen. Damit wollen wir erwerbstätigen Eltern, Alleinerziehenden, älteren Menschen und pflegebedürftigen Angehörigen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

Wir sorgen für eine bessere Unterstützung pflegender Angehöriger. Wer etwa wegen eines Urlaubs, wichtiger Termine oder eigener Krankheit Unterstützung bei der Pflege eines Familienmitglieds braucht, soll diese Hilfe flexibler und unbürokratisch bekommen. Auf das Einkommen der Kinder pflegebedürftiger Eltern wird künftig erst ab einem Verdienst von mehr als 100.000 Euro im Jahr zurückgegriffen.

Kinderarmut sagen wir den Kampf an. Dafür stellen wir 1 Milliarde Euro bereit. Wir erhöhen den Kinderzuschlag, so dass zusammen mit dem Kindergeld das sächliche Existenzminimum von derzeit 399 Euro im Monat gedeckt ist. Das ist vor allem für Alleinerziehende und Familien mit kleinen Einkommen ein echter Fortschritt. Bedürftige Familien erhalten einen höheren Zuschuss für Schulranzen, Sportbekleidung und sonstiges Schulmaterial. Ihre Kinder bekommen ein kostenloses Mittagessen in der Kita oder Schule, eine kostenfreie Schülerbeförderung und einen besseren Zugang zu Nachhilfe.

Wir verbessern den Schutz von Kindern und Jugendlichen. Um Familien zu stärken und Kinder vor Gefährdungen zu schützen, entwickeln wir das Kinder- und Jugendhilferecht weiter. Wir schützen besser vor Gefahren im Internet. Um von Gewalt betroffene Kinder und ihre Mütter zu schützen, sorgen wir für den Ausbau und die finanzielle Absicherung von Frauenhäusern.



## FÜR FRAUEN

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Frage der Gerechtigkeit. Noch immer stehen strukturelle Hürden einer tatsächlichen Gleichstellung und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen im Weg. Wir werden Benachteiligungen von Frauen gezielt abbauen.

Wir stärken Frauen am Arbeitsmarkt und ermöglichen ihnen mehr zeitliche Flexibilität. Mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen sind in Teilzeit beschäftigt – viele von ihnen unfreiwillig. Das neue Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit schützt Frauen vor dieser „Teilzeitfalle“. Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter haben gerade viele Frauen mehr Möglichkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren. Denn die Kinderbetreuung nach Schulschluss geht leider meistens zu Lasten der Mütter, die deswegen gar nicht oder nur in Teilzeit arbeiten.

Wir sorgen für gute Arbeit in Berufen, in denen viele Frauen tätig sind. Dazu werden wir finanzielle Ausbildungshürden in Sozial- und Pflegeberufen abbauen, das Schulgeld für Gesundheitsfachberufe abschaffen und die Voraussetzungen für eine bessere Bezahlung von Pflegekräften schaffen.

Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen bringen. Hier hat der öffentliche Dienst eine Vorbildfunktion. Der Bund wird mit gutem Beispiel vorangehen. Bis 2025 wollen wir die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Leitungsfunktionen des öffentlichen Dienstes erreichen. Wir stärken die Förderung von Frauen an den Hochschulen und erleichtern Frauen den Weg in die Selbständigkeit.

Mit der Grundrente geben wir gerade Frauen mehr soziale Sicherheit im Alter. Die Benachtei-

ligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt führen im Lebensverlauf zu einer Rentenlücke von 54 Prozent. Wer 35 Jahre lang Rentenbeiträge gezahlt hat, Kinder groß gezogen oder Angehörige gepflegt hat, bekommt künftig eine Alterssicherung mindestens zehn Prozent oberhalb der Grundsicherung. Davon profitieren vor allem viele Rentnerinnen, heutige und künftige. Wir verbessern die Mütterrente.

Mit einem Aktionsprogramm bekämpfen wir Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder. Wir wollen Frauenhäuser ausbauen und finanziell absichern, um betroffene Frauen und Kinder verlässlich zu schützen und gut zu beraten. Dazu gehören ein Investitionsprogramm für Frauenhäuser, Schulungen für Beschäftigte und psychosoziale Hilfen für traumatisierte Kinder und Frauen.



## FÜR RENTNERINNEN UND RENTNER

Wir stärken die gesetzliche Rente als zentrale Säule der Alterssicherung und bekämpfen Altersarmut: Mit einer stärkeren Anerkennung von Lebensleistungen, der besseren Absicherung von Selbstständigen und höheren Renten für diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können.

Wir heben das gesetzlich garantierte Rentenniveau von 43 auf 48 Prozent an und begrenzen den Beitrag auf maximal 20 Prozentpunkte für die kommenden sieben Jahre. Für die heutigen und zukünftigen Rentner bedeutet das: Die Kaufkraft der gesetzlichen Rente bleibt erhalten. Es wird weiterhin ordentliche Rentenerhöhungen geben. Für die Zeit ab 2025 wird eine Rentenkommission Empfehlungen erarbeiten, wie die Rente mit einem garantierten Mindestniveau und einem garantierten Höchstbeitrag weiter gesichert werden kann.

Wir führen eine neue Grundrente ein. Wer 35 Jahre lang Rentenbeiträge gezahlt hat, Kinder groß gezogen oder Angehörige gepflegt hat, bekommt eine Alterssicherung mindestens zehn Prozent oberhalb der Grundsicherung. Alte Menschen müssen zukünftig keine Angst mehr haben, ihr selbstgenutztes Wohneigentum – ihr Haus oder ihre Wohnung – aufgeben zu müssen, wenn sie Grundsicherung beantragen oder die Grundrente beziehen. Das stellen wir klar. Und: Die neuen Regelungen gelten für alle jetzigen und zukünftigen Rentnerinnen und Rentner. Das Ganze wird von der Rentenversicherung abgewickelt. So schaffen wir mehr Sicherheit für Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und trotzdem geringe Rentenansprüche haben.

Wir geben Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft erarbeiten können, mehr soziale Sicherheit. Schon in der letzten Legislaturperiode haben wir bei Erwerbsminder-

ung die stufenweise Anhebung der Zurechnungszeit bis 2024 beschlossen. Künftige Erwerbsminderungsrentner werden bei der Rente dann so gestellt, als hätten sie bis zum Alter von 65 Jahren und acht Monaten gearbeitet (statt wie bisher 62 Jahre und drei Monate). Diese Erhöhung kommt nun schneller und in einem Schritt.

Künftig ist kein Selbständiger mehr ohne Alterssicherung. Für sie gilt in Zukunft eine Altersvorsorgepflicht mit einem Vorrang für die gesetzliche Rente. Dabei achten wir auf eine gründerfreundliche Ausgestaltung. Die Alterssicherung der Selbständigen ist eine wichtige Maßnahme, den Wandel der Arbeitswelt in Folge der Digitalisierung sozial zu gestalten.

Wir erhöhen die Mütterrente. Wir stellen Mütter besser, die drei oder mehr Kinder haben, von denen mindestens eines vor 1992 geboren ist. Diese Mütter erhalten künftig auch für vor 1992 geborene Kinder jeweils drei Rentenpunkte.



## FÜR GESUNDHEIT UND GUTE PFLEGE

Wir stellen sicher, dass alle eine gute, flächendeckende medizinische und pflegerische Versorgung erhalten, unabhängig vom Einkommen und Wohnort. Kranke, Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung müssen auf die Solidarität der Gesellschaft vertrauen können.

Wir machen das Gesundheitssystem gerechter. Wir verbessern die Leistungen für gesetzlich Versicherte durch eine schnellere Terminvergabe und mehr Pflichtstunden bei Vertragsärztinnen und -ärzten. Die Zuschüsse für Zahnersatz werden erhöht. Das sind wichtige Schritte beim Abbau der Zwei-Klassen-Medizin.

Die Arbeitgeber beteiligen sich wieder in gleicher Höhe an der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden entlastet. Künftige Kostensteigerungen können nicht mehr einseitig auf die Beschäftigten abgewälzt werden.

Wir investieren in die Modernisierung und die Qualität von Krankenhäusern. Um eine gute stationäre Versorgung sicherzustellen, sind Investitionen in neue Technologien und Digitalisierung nötig. Die Qualitätsoffensive für Krankenhäuser setzen wir fort.

Wir stärken die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Dazu gehören eine gut erreichbare ärztliche Versorgung, wohnortnahe Geburtshilfe, Hebammen und Apotheken vor Ort. Ärztinnen und Ärzte in wirtschaftlich schwachen und unterversorgten ländlichen Räumen werden über regionale Zuschläge besonders unterstützt. Wir erhöhen die Strukturfonds der Kassenärztlichen Vereinigungen, mit denen etwa Investitionskosten bei der Neuniederlassung oder der Gründung von Zweigpraxen bezuschusst werden. Der Innovationfonds wird als Motor für eine bessere Patientenversorgung über das Jahr 2019 hinaus fortgeführt.

Mit einem Sofortprogramm stellen wir 8.000 zusätzliche Pflegefachkräfte ein. Damit stärken wir die medizinische Versorgung in Pflegeeinrichtungen. Daraus entstehende Mehrkosten gehen nicht zu Lasten pflegebedürftiger Menschen.

Wir sorgen für mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne in der Pflege. Wir stärken die Aus- und Weiterbildung und schaffen das Schulgeld für Gesundheitsfachberufe ab. In der Altenpflege stärken wir die Bezahlung nach Tarif: Arbeitgeber und Gewerkschaften sollen zu flächendeckenden Tarifverträgen in der Altenpflege kommen können – und damit zu einer besseren Bezahlung für die Pflegekräfte in ganz Deutschland. Wir sorgen für eine verlässlichere Vergütung von Krankenpflegepersonal. Außerdem entwickeln wir verbindliche Vorgaben für die Personalausstattung in der Altenpflege und im Krankenhaus.

Wir unterstützen und entlasten pflegende Angehörige. Dazu fassen wir Pflegeangebote zusammen, so dass sie flexibel und unkompliziert in Anspruch genommen werden können. Außerdem schaffen wir für pflegende Angehörige einen Rechtsanspruch auf eine Auszeit mit Rehabilitationsleistungen. Vor allem in ländlichen Räumen stärken wir die ambulante Alten- und Krankenpflege. Auf das Einkommen der Kinder pflegebedürftiger Eltern wird künftig erst ab einem Verdienst von mehr als 100.000 Euro im Jahr zurückgegriffen.



## FÜR BEZAHLBARES WOHNEN

Ein bezahlbares Dach über dem Kopf ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. In Deutschland fehlen Hunderttausende Wohnungen. In manchen Städten explodieren die Mieten. Deshalb legen wir einen Schwerpunkt darauf, mehr günstigen Wohnraum zu schaffen, Mietwucher einzudämmen und jungen Familien beim Traum vom Eigenheim zu helfen.

Wir starten eine Offensive für mehr Wohnungen und investieren in den sozialen Wohnungsbau. 2 Milliarden Euro investiert der Bund zusätzlich in den Bau von Sozialwohnungen. Außerdem soll das Grundgesetz geändert werden, damit sich der Bund dauerhaft beim sozialen Wohnungsbau engagieren kann. Grundstücke des Bundes sollen günstiger an Städte und Gemeinden verkauft werden, damit dort bezahlbare Wohnungen entstehen können. Zudem erhalten die Kommunen neue Instrumente, um dafür zu sorgen, dass brachliegendes Bauland tatsächlich bebaut wird. Insgesamt sollen 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen. Das lindert die Wohnungsnot, entlastet den Wohnungsmarkt und sorgt dafür, dass mehr Menschen ein bezahlbares Zuhause finden.

Junge Familien unterstützen wir beim Erwerb von Wohneigentum. Beim Kauf oder Bau eines Hauses oder einer Wohnung erhalten sie über einen Zeitraum von zehn Jahren pro Kind 1200 Euro jährlich. Voraussetzung ist, dass ihr zu versteuerndes Haushaltseinkommen 75.000 Euro plus 15.000 Euro pro Kind nicht übersteigt.

Wir stoppen extreme Mieterhöhungen nach Modernisierung oder Sanierung. Wenn in Mietshäusern etwa Balkone oder Aufzüge eingebaut wurden, nutzen die Vermieter das oft für satte Aufschläge. In einigen Fällen werden Bewohner sogar gezielt „rausmodernisiert“. Dem schieben wir einen Riegel vor. Bisher dürfen Vermieter elf Prozent der Kosten auf die Jahresmiete aufschlagen. Das begrenzen wir auf acht Prozent. Und die monatliche Miete darf nach einer Modernisierung um nicht mehr als 3 Euro pro Quadratmeter innerhalb von sechs Jahren steigen.

Wir verschärfen die Mietpreisbremse. Künftig müssen Vermieter offenlegen, was der Vormieter gezahlt hat. Das schafft Transparenz und stellt sicher, dass die Mieten in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt bei Neuvermietung tatsächlich nur maximal zehn Prozent über den ortsüblichen Vergleichsmieten liegen.



## FÜR STÄDTE, GEMEINDEN UND LÄNDLICHE RÄUME

Wir setzen uns für starke Städte und Gemeinden ein, die gute öffentliche Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger bereithalten können – bei Bildung, Kultur, Gesundheit und Mobilität. Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse überall in Deutschland – in Ost und West, in Stadt und Land.

Wir halten unsere Städte und Gemeinden finanziell handlungsfähig. Die kommunalen Steuereinnahmen – insbesondere die Grundsteuer – werden gesichert. Der Bund entlastet die Länder und Kommunen weiterhin bei den Flüchtlingskosten und führt bestehende Programme etwa zur Städtebauförderung fort. Den Kommunen versprechen wir: Wir übertragen ihnen keine Aufgaben, auf deren Kosten sie sitzen bleiben.

Wir fördern gezielt strukturschwache Regionen, um überall für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Dazu schaffen wir ein neues gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen in Ost und West. Alle Menschen müssen unabhängig vom Wohnort einen guten Zugang zu Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge haben – bei Bildung, Kultur, Gesundheit, Mobilität.

Wir starten eine Offensive für mehr Wohnungen und fördern sozialen Wohnungsbau. Grundstücke des Bundes sollen künftig günstiger an Städte und Gemeinden verkauft werden, damit dort günstige Wohnungen entstehen können. Kommunen erhalten neue Instrumente, um dafür zu sorgen, dass brachliegendes Bauland tatsächlich bebaut wird. Für den sozialen Wohnungsbau stellen wir 2 Milliarden Euro zusätzlich bereit.

Der Bund unterstützt bei der Verbesserung der Kinderbetreuung und dem Ausbau von Ganztagschulen. Zusätzliche 3,5 Milliarden Euro fließen in eine bessere Qualität der Kinderbetreuung und die schrittweise Entlastung der Eltern von den Gebühren. Außerdem investiert der Bund 2 Milliarden Euro in die Ganztagsbetreuung im Grundschulalter und in den nächsten fünf Jahren 5 Milliarden Euro in die digitale Ausstattung von Schulen.

Wir sorgen für schnelles Internet in ganz Deutschland. Der schnelle Zugang zu Informationen und Dienstleistungen über das Internet gehört zur Grundversorgung der Bürger und ist eine wichtige Voraussetzung für Unternehmensansiedlungen und neue Arbeitsplätze in den Kommunen. Bis 2025 soll es deshalb überall in Deutschland Gigabit-Netze geben, verbunden mit einem Rechtsanspruch auf schnelles Internet. Bereits in den nächsten vier Jahren wollen wir Schulen und Gewerbegebiete gigabitfähig machen.

Wir erhöhen die Investitionen in den Nahverkehr und die Verkehrsinfrastruktur vor Ort. Der Bund steigert die Gemeindeverkehrsfinanzierung um 1 Milliarde Euro. Die Bürgerinnen und Bürger profitieren von besseren Straßen und guten öffentlichen Verkehrsmitteln.

Wir setzen uns für saubere Luft in den Städten ein. Dazu stärken wir den öffentlichen Nahverkehr und fördern alternative Antriebe wie die Elektromobilität. Fahrverbote wollen wir vermeiden.



## FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEITSPLÄTZE

Wir stärken den Wirtschaftsstandort und sorgen dafür, dass unser Land auch in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung wettbewerbsfähig bleibt. Dabei setzen wir auf eine funktionierende Sozialpartnerschaft, starken Mittelstand und zukunftsfähige Industrie, auf Innovationen und Investitionen. Damit sichern wir inklusives Wachstum, Wohlstand und gute Arbeitsplätze. Unser Ziel ist Vollbeschäftigung, die allen zugutekommt.

Wir machen die Arbeitsplätze in der Industrie zukunftsfest. Mit einer aktiven Industrie- und Innovationspolitik halten wir die industrielle Basis wettbewerbsfähig. Wir setzen dabei auf den engen Schulterschluss mit den Gewerkschaften und setzen das „Bündnis für Industrie“ fort.

Wir fördern Innovationen. Dazu führen wir eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittelgroße Unternehmen ein. Wir unterstützen den Transfer von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte. Bis 2025 sollen in Deutschland 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Innovation investiert werden. Die öffentlichen Programme zur Forschungsförderung führen wir fort und entwickeln sie weiter.

Wir unternehmen massive Anstrengungen, um den Mittelstand bei der Digitalisierung zu unterstützen. Dafür legen wir unter anderem ein neues Investitionsprogramm „Digitalisierung des Mittelstandes“ auf. Außerdem schaffen wir ein digitales Wettbewerbsrecht.

Wir fördern Gründer und *Start Ups*. Gerade in der Startphase von Gründungen werden wir die Bürokratie auf ein Minimum beschränken. Wir erleichtern jungen, innovativen Unternehmen den Zugang zu Wagniskapital.

Wir fördern strukturschwache Regionen in Ost und West. Bei der künftigen Strukturförderung sollen Digitalisierung, Fachkräftesicherung, Forschung und Entwicklung sowie schnelles Internet eine stärkere Rolle spielen.

Wir wollen den flächendeckenden Ausbau mit Gigabit-Netzen bis zum Jahr 2025 erreichen. Bereits in den nächsten vier Jahren wollen wir Gewerbegebiete gigabitfähig machen. Wir schaffen damit eine wichtige Voraussetzung für die Ansiedlung von Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen gerade in ländlichen Regionen.

Wir führen die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur auf Rekordniveau fort. Die Planungen sollen beschleunigt werden. Mit einem Schienenpakt 2030 von Politik und Wirtschaft wollen wir mehr Verkehr auf die Schiene bringen. Die Trassenpreise für den Güterverkehr sollen sinken.

Wir werden mit einem Einwanderungsgesetz den Zuzug von Fachkräften steuern. Maßgeblich ist dabei der Bedarf unserer Volkswirtschaft an qualifizierten Arbeitskräften. Um mehr Fachkräfte im Inland zu gewinnen, setzen wir uns vor allem für die Qualifizierung von weniger ausgebildeten Beschäftigten und bessere Rahmenbedingungen für Ältere ein.



## FÜR EINEN STARKEN RECHTSSTAAT

Ein handlungsfähiger Staat schützt die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger und sorgt für öffentliche Sicherheit. Wir werden einen Pakt für den Rechtsstaat schließen und dafür Sorge tragen, dass der Staat sein Sicherheitsversprechen einhalten kann.

Mit einem Pakt für den Rechtsstaat stärken wir Justiz und Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern. Die personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden haben Bund und Länder bereits vorangebracht. Am Ende dieser Ausbauphase werden insgesamt 15.000 Stellen geschaffen worden sein. Der Bund wird 7.500 zusätzliche Stellen schaffen. Außerdem werden 2.000 neue Richterstellen bei den Gerichten der Länder und des Bundes sowie entsprechendes Folgepersonal geschaffen. Damit können Gerichte schneller arbeiten, Straftäter besser verfolgt werden und mehr Polizistinnen und Polizisten vor Ort präsent sein.

Wir verbessern die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Kampf gegen Terrorismus. Wir sorgen für gemeinsame Standards, klare Zuständigkeiten und den besseren Austausch von Informationen. Außerdem verstärken wir die Sicherheitszusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene.

Wir verstärken den Kampf gegen Cyberkriminalität und den Schutz vor Gefahren aus dem Internet. Unter anderem wollen wir Einrichtungen, die für unser Gemeinwesen, die öffentliche Sicherheit und Versorgung wichtig sind, besser vor Angriffen aus dem Cyberraum schützen. Dazu stärken wir die Sicherheitsbehörden und wollen mit den Ländern gemeinsame Sicherheitsstandards entwickeln.

Wir werden härter gegen Wirtschaftskriminalität vorgehen. Bei Fehlverhalten von Mitarbeitern wie Korruption muss auch das Unternehmen stärker in die Verantwortung. Dazu schaffen wir wirksame Sanktionen. Damit es nicht mehr heißt: Die Kleinen packt man, und die Großen lässt man laufen.

Wir sorgen für eine sachgemäße Ausstattung des Zivil- und Katastrophenschutzes. Sie muss den heutigen Anforderungen entsprechen, damit die ehren- und hauptamtlichen Helfer bei Feuerwehren, Hilfsorganisationen und Technischem Hilfswerk optimale Grundlagen für ihre wichtige Arbeit haben.

Der Vorbeugung von Straftaten räumen wir einen hohen Stellenwert ein. Erkenntnisse aus Verbrechen sollen besser genutzt werden, um künftigen Straftaten vorzubeugen. Die Förderung des Einbruchschutzes wollen wir ausbauen.

Wir fördern Vielfalt, Gewaltfreiheit und ein demokratisches Miteinander. Dafür stärken wir die Zivilgesellschaft und bauen die Programme gegen jede Form von Extremismus, Radikalisierung, Gewalt und Menschenfeindlichkeit aus.

Wir stärken Verbraucherinnen und Verbraucher. Wer Recht hat, soll einfacher recht bekommen: Deshalb führen wir die so genannte Musterfeststellungsklage ein: Wenn Unternehmen durch eine rechtswidrige Handlung viele Verbraucherinnen und Verbraucher schädigen, soll es möglich werden, alle zentralen Rechtsfragen in einem einzigen Verfahren zu klären – damit nicht mehr jeder einzeln gerichtlich vorgehen muss. Außerdem stärken wir den Verbraucherschutz, unter anderem bei Immobilienkrediten, Finanzprodukten und im Internet.



## FÜR ERFOLGREICHE INTEGRATION

Spracherwerb und Arbeit sind die wichtigsten Schlüssel für erfolgreiche Integration. Wir unterstützen Länder und Kommunen bei der Integration von Flüchtlingen und schaffen neue Perspektiven für Menschen, die absehbar länger bei uns bleiben. Für uns ist klar: Wir bekämpfen Fluchtursachen – nicht Flüchtlinge. Und wir schaffen endlich ein modernes Einwanderungsgesetz, um den Zuzug von Fachkräften zu steuern.

Den Kommunen helfen wir bei der Integration von Flüchtlingen. Wir führen bestehende Programme zur Entlastung von Ländern und Kommunen fort, um sie bei den Aufgaben der Integration zu unterstützen.

Wir stärken die Integrationschancen für alle Menschen, die absehbar längere Zeit bei uns sind. Wir verbessern die Qualität der Integrationskurse, setzen konsequent auf das Erlernen der deutschen Sprache und erleichtern den Zugang zu Ausbildung und Arbeit. Dabei wollen wir auch denen die Chance auf Spracherwerb und Beschäftigung geben, die tatsächlich länger hier sind, auch wenn sie keine rechtliche Bleibeperspektive haben.

Familiennachzug für subsidiär Geschützte wird wieder möglich. Ab 1. August 2018 ist der Nachzug von 1.000 Menschen pro Monat möglich. Eine Regelung für Härtefälle gilt ausdrücklich zusätzlich zu diesem Kontingent. Damit können insbesondere viele Syrer, die vor dem Bürgerkrieg in ihrer Heimat geflohen und bei uns Zuflucht gefunden haben, wieder Ehepartner und Kinder nach Deutschland holen. Das erleichtert auch die Integration.

Das Grundrecht auf Asyl gilt. Wir bekennen uns zu den rechtlichen und humanitären Verpflichtungen Deutschlands. Eine Obergrenze bei den Zuwanderungszahlen kann es nicht geben. Für die nächsten Jahre erwarten wir, dass die Zahlen die Spanne von 180.000 bis 220.000 nicht übersteigen werden. Wir treten für ein gemeinsames europäisches Asylsystem ein. Dazu gehört eine faire Verteilung von Schutzbedürftigen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Wir bekämpfen Fluchtursachen. Zu den vereinbarten Maßnahmen gehören unter anderem faire Handelsabkommen, ein restriktiver Umgang mit Rüstungsexporten und mehr humanitäres Engagement in Fluchtländern.

Deutschland bekommt ein modernes Einwanderungsgesetz. Damit schaffen wir endlich transparente Regeln für Zuwanderung von Fachkräften, die sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft orientiert.



## FÜR KLIMA UND UMWELT

Wir wollen für unsere Kinder und Enkelkinder eine intakte Natur bewahren. Deutschland bleibt verlässlicher Partner in der globalen Klimapolitik. Wir gestalten die Energiewende sozialverträglich und achten darauf, dass Energie bezahlbar bleibt. Zu einer gesunden Umwelt gehört für uns eine nachhaltige Landwirtschaft.

Deutschland bleibt Vorreiter beim Klimaschutz. Wir halten an den Klimaschutzzielen für 2020, 2030 und 2050 fest. Die Handlungslücke zur Erreichung des Klimaziels 2020 werden wir schnellstmöglich schließen. Um die Ziele für 2030 zu erreichen, schaffen wir in Deutschland erstmals ein Klimaschutzgesetz.

Wir gestalten gemeinsam mit Gewerkschaften, betroffenen Regionen und anderen den sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohle. Um den Strukturwandel finanziell abzusichern, soll ein Fonds aus Mitteln des Bundes eingerichtet werden.

Wir wollen die Energiewende zum Erfolg führen und bauen die erneuerbaren Energien aus. Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz gehören dabei zusammen. Der Anteil erneuerbarer Energien soll bis 2030 auf 65 Prozent steigen.

Wir beenden die Anwendung von Glyphosat und verbieten grüne Gentechnik. Unser Ziel sind gute Lebensmittel, eine gesunde Ernährung und eine nachhaltige Landwirtschaft. Wir stärken den Ökolandbau und verbessern den Tierschutz: Dazu führen wir ein Tierwohllabel ein und beenden das Schreddern von Eintagsküken.

## FÜR EIN SOZIALES EUROPA

Ein neuer Aufbruch für Europa! Wir wollen einen Politikwechsel in der Europapolitik – hin zu mehr Investitionen, sozialen Mindeststandards und einer gerechten Besteuerung von Unternehmen. Hand in Hand mit Frankreich für mehr Demokratie, Zusammenhalt und Gerechtigkeit.

Wir setzen auf mehr Investitionen statt einseitiger Sparpolitik. Damit stärken wir Europa in der Globalisierung und legen die Basis für künftigen Wohlstand und Arbeitsplätze, auch in Deutschland.

Wir verstärken den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit. Europa muss ein Kontinent der Chancen sein, besonders für junge Menschen. Dafür muss in Europa mehr Geld bereitgestellt werden.

Wir wollen einen europäischen Sozialpakt. Unser Ziel ist es, soziale Grundrechte in Europa zu stärken und faire Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Dazu gehören Mindestlöhne und das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

Unternehmen müssen in Europa gerecht besteuert werden. Außerdem bekämpfen wir Steuerbetrug und Steuerdumping.

Gemeinsam mit Frankreich wollen wir Europa nach vorne bringen. Nicht ein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland ist das klare Ziel. Ein erster wichtiger Schritt wird ein neuer Élysée-Vertrag sein.